

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden

□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 2 Mark

Nr. 44

Charlottenburg, Freitag, den 29. Oktober 1909

Jahrg. 36

Sperren

Sperren in Deutschland: Auma (Porzellan-Industrie-Gesellschaft Bergbau). Mannheim. St. Louis. Düsseldorf (Hib).

Sperren in Deutschland: Alexandrinental (Rechnagel). Altwasser (C. Tietz & Co.). Bonn (Mehlem). Cortendorf. Fürstheim a. N. Gräfenroda (Heene, Gert & Menz). Königszell. Langewiesen (Schlegelmilch). Neuhalbensleben (Hubbe). Oeslau. Passau. Reichenbach (Schwabe). Rudolfsstadt (Schäfer & Vater). Schaala. Scheibe. Schlierbach. Selb (L. Guttenreuther inklusive Firma Jäger & Werner). Sörnewitz. Stanowitz. Tettau. Triptis.

Sperren in Oesterreich: Linz an der Donau (Josef Engler Nachfolger und Robert Venz Nachfolger). Wilhelmsburg (Gebr. Lichtenstern).

Etwas vom „Brotgeber“.

Bei Beschreibungen industrieller Werke in bürgerlichen Zeitschriften und Blättern findet man neben der Schilderung der Anlagen und der hervorragenden Einrichtungen oftmals noch die Bemerkung, daß das Unternehmen Hunderten oder Tausenden von Arbeitern Arbeit und Brot gewährte. Diese Redewendung soll nicht nur die Größe des Werkes veranschaulichen, sondern sie soll gleichzeitig den Unternehmer mit dem Nimbus eines Wohltäters der Menschheit umgeben.

Wörtlich genommen begegnen wir den Brotgebern heute vorwiegend nur in der Landwirtschaft und in handwerksmäßigen Berufen, indem dort die Arbeiterschaft noch in der Gesindehufe oder am Tisch des Meisters beschäftigt wird. Diese Verpflegung wird als ein Teil des Lohnes berechnet, bei der Auszahlung in Abzug gebracht oder bei der Festsetzung des Lohnes schon vorher abgerechnet. In der Industrie ist dieses Kostwesen, abgesehen von den Menagen in einigen Groß- und Riesenbetrieben, überhaupt nicht eingeführt worden, sondern der Arbeiter erhält für seine geleistete Arbeit den nach Stunden, Tagen, Wochen oder Stück berechneten Lohn, für den er sich selbst zum Leben Notwendige selbst beschaffen muß. Wie das geschieht und ob es in genügendem Maße geschehen kann, ist dem „Brotgeber“ vollständig gleichgültig.

Der dem Arbeiter ausbezahlte Lohn ist ein Teil des Ertragnisses seiner für den Unternehmer geleisteten Arbeit. Ein Teil kann es nur sein, weil der Unternehmer ebenfalls einen Teil, und oftmals einen ganz erheblichen, für sich behält, um für sich und seine Angehörigen die Bedürfnisse des Lebens zu bestreiten und außerdem zu dem vorhandenen Reichtum noch weitere Reichtümer anzuhäufen.

Der Arbeiter kann deshalb nicht in den Genuß des vollen Ertragnisses seiner Arbeit kommen, weil er nicht im Besitz der Arbeitsmittel ist, sondern weiter nichts sein eigen nennt, als seine Körperkraft und seine größere oder geringere Geschicklichkeit, mit denen er die verschiedenen Materialien zu anderen, wertvolleren Produkten umgestalten kann.

Der Unternehmer dagegen ist im Besitze des Geldes, das er nicht im „Feuerfesten“ liegen läßt, da es dort seinen Zweck verfehlen, nicht als Kapital wirken würde. Der Unternehmer verwendet es vielmehr derart, daß er damit die Fabrik, die zu-

künftige Arbeitsstätte errichtet, Maschinen und zur Weiterverarbeitung geeignetes Rohmaterial ankauft. Die Fabrik mit ihren Maschinen und Werkzeugen und dem aufgespeicherten Rohmaterial würde nun aber keinen Pfennig Gewinn abwerfen, wenn sie still liegen würde. Sie würde in diesem Zustand vollständig totes Kapital darstellen.

Ein weiterer Faktor, die alles belebende geistige und körperliche menschliche Arbeitskraft, muß hinzu treten, um die Antriebsmaschinen in Gang zu setzen und zu überwachen, die Arbeitsmaschinen zu bedienen und mit Hilfe der gestellten Werkzeuge das gelieferte Rohmaterial zu brauchbaren, verkäuflichen Artikeln umzuarbeiten.

Der Preis der so verfertigten Ware setzt sich zusammen aus den Kosten des Rohmaterials, den Zinsen für das in Fabrik, Maschinen und Werkzeugen angelegte Kapital, den Betriebskosten, den an die Arbeiter gezahlten Löhnen und dem Unternehmergewinn. Wie hoch der Unternehmergewinn ist, kann Privatbetriebe nicht nachgewiesen werden, dagegen ist dies bei den Aktien-Gesellschaften möglich, da diese alljährlich ihre Rechnungsabschlüsse veröffentlichen und uns auf diese Art ein Einblick in die edle Goldmacherkunst gestattet ist.

In der Aktiengesellschaft „arbeitet“ nicht mehr der einzelne Kapitalist mit seinem Gelde, sondern eine Vereinigung von Kapitalisten betreibt das Geschäft und alle Beteiligten fühlen sich dabei mehr oder weniger als „Brotgeber“. Während beim Privatunternehmer noch meistens kaufmännische oder technische Kenntnisse vorausgesetzt werden, ist derartiges beim Aktionär, der sein Geld in Industriepapieren anlegt, durchaus nicht nötig. Er braucht oftmals gar nicht zu wissen, wo das Wert, in dem sein Geld „arbeitet“, liegt und wie es aussieht.

Es ist auch absolut nicht nötig, daß er die dort erzeugten Artikel und Produkte kennt oder gar etwas zu ihrer Vervollkommnung oder anderen Gestaltung tut. Seine Tätigkeit erstreckt sich in vielen Fällen nur darauf, daß er in den Börsenzeitungen die Kursnotierungen verfolgt, um sich zu überzeugen, ob sein Geld auch wirklich gut angelegt ist. Um die Arbeiter, die in den betreffenden Werken arbeiten müssen, braucht er sich nicht zu kümmern und ist doch ihr „Brotgeber“.

Wie wenig es zu unter diesen Geschäften sind, mag die folgende Zahl von Beispielen gezeigt werden. Nach den alljährlichen Aufstellungen, Zuweisungen zum Reservefonds, Abzug der ausbezahlten Dividenden an die Mitglieder des Aufsichtsrats und Vorträgen auf Rechnung des neuen Geschäftsjahres zahlten die nachfolgend aufgeführten Aktiengesellschaften an Dividenden für das Jahr 1907: Westfälische Drahtindustrie in Hamm 15 pCt., Geisweiler Eisenwerke 16 pCt., Maschinenbaugesellschaft Lübeck 20 pCt., Waggonfabrik Dessau 20 pCt., Aktiengesellschaft für Eisenbahnmateriale in Görlitz 20 pCt., Aktiengesellschaft für Bergbau- und Zinkhüttenbetrieb Lipine 21 pCt., Hochofen- und Stahlwerk St. Ingbert 25 pCt., Waffenfabrik Mauser, Oberndorf 25 pCt., Metallindustrie Kronprinz, Ohligs 27 pCt., Westfälische Drahtwerke, Langendreer 28 pCt., Waggonfabrik Hofmann, Breslau 35 pCt., Eisenerz Hütte 40 pCt. und Burbacher Hütte 50 pCt.

Die in diesen Unternehmungen angelegten Gelder sind im Laufe der Jahre gewissermaßen teurer geworden. Die Aktie, deren Nominalwert auf 1000 Mk. lautet, kostet je nach dem Kursstand entsprechend mehr. Neben diesem Wertzuwachs, der dem Aktionär sofort in die Tasche fließt, wenn er die Aktie bei günstigem Kursstand verkaufen würde, erhält der Aktionär in den vorverzeichneten Aktiengesellschaften alljährlich die aufgeführten

Prozentsätze an Dividenden, nach unseren Beispielen 15 bis 50 pCt. oder pro Aktie zu 1000 Mk. 150 bis 500 Mk. ausbezahlt. Diese Dividenden fallen dem Durchschnittsaktionär vollständig mühelos, ohne daß er einen Finger krümmte, in den Schoß. Die Aktionäre, die von der Generalversammlung als Aufsichtsratsmitglieder gewählt und mit besonderen Funktionen betraut werden, erhalten außerdem noch ganz nennenswerte Summen an Lantlemen, die oftmals bei den einzelnen großen Gesellschaften in die Hunderttausende gehen. Bei der schon erwähnten Aktiengesellschaft für Bergbau- und Zinkhüttenbetrieb Alpine betragen diese Lantlemen im Jahre 1907: 293 788 Mk., im Jahre 1905, als noch die Hochkonjunktur überall vorherrschte, 296 561 Mk. Herren aus den höchsten Kreisen mit wohlklingenden, in ganz Deutschland und über dessen Grenzen hinaus bekannten Namen, teilten sich in diese Summe. 1905 trug es durchschnittlich jedem der Herren vom Aufsichtsrat 22 800 Mk., die sie als Entschädigung für ihre „Mühe“ und „Arbeit“ erhielten.

All dieser Wertzuwachs, diese Abschreibungen, Lantlemen, Dividenden und Vorträge auf Rechnung des neuen Geschäftsjahres mußten von der Arbeiterschaft heraus gewirtschaftet werden; wie bei den Aktiengesellschaften, so auch bei der Privatindustrie. Ohne des Arbeiters fleißiges, rühriges Schaffen bei oftmals niedrigster Entlohnung und kümmerlichster Ernährung wären diese gewaltigen Werte nicht entstanden, wären die beteiligten Kapitalisten nicht in der Lage gewesen, Schätze auf Schätze zu häufen und ein „standesgemäßes Leben“ führen zu können, da sie jedenfalls bei ihren Ansprüchen an das Leben recht bald ihr Vermögen aufgezehrt haben würden. Nach diesen Darlegungen steht es fest, daß die Kapitalisten niemals die Brotgeber der Arbeiter sind, sondern daß das Umgekehrte zutrifft, daß die Tausende von fleißigen Arbeitsbienen, die im Schweiß ihres Angesichts ihr Brot essen, den Herren vom Besitz nicht nur Brot, da der Mensch nicht vom Brot allein lebt, sondern auch die Mittel geben, um alle Genüsse bis zur Reize kosten und ein Leben herrlich und in Freuden führen zu können.

Die Zeiten sind vorüber, in denen der Industriekapitalist als Brotgeber und Wohlthäter der Menschheit allgemein von den Arbeitern verherrlicht wurde. Die moderne Arbeiterbewegung hat so aufklärend gewirkt, daß ein großer Teil der Arbeiter dem Kapitalisten nicht mehr in Unterwürfigkeit fußfällig dafür dankt, daß er ihn ausbeutet. Ein großer Teil der Arbeiter trägt das Bewußtsein in sich, daß er es ist, der alle Werte schafft, daß der Lohn, den er erhält, nur ein Teil des Erträgnisses seiner Arbeit ist, und daß von dem Erträgnis seiner Arbeit noch andere mitgehen. Nur eine vollständig verkehrte Auffassung konnte aus dem Kapitalisten und Unternehmer von heute den Brotgeber des Arbeiters machen.

Weshalb sind die Arbeiter gegen die Halbierung der Krankenkassenbeiträge?

Bekanntlich zahlen die Arbeiter gegenwärtig zwei Drittel und die Arbeitgeber ein Drittel der Krankenkassenbeiträge. Dementsprechend ist auch der Vorstand, welcher die Geschäfte der Kasse zu leiten hat, zusammen gesetzt; zu zwei Dritteln besteht er aus Arbeitern und zu einem Drittel aus Arbeitgebern. Der Vorsitzende wird einfach aus der Mitte der Vorstandsmitglieder gewählt, so daß häufig ein Arbeiter oder Handwerker Vorsitzender ist. — Das soll in Zukunft anders werden. Zunächst beabsichtigte die Regierung von dem Reform der Krankenkassenbeiträge gesetz die Krankenkassen in die Hände der Arbeitgeber heranzuziehen, ihnen die Verwaltung der Kassen zu geben, dann aber damit bei den Unternehmern schon an. Sie ist daher von diesem Gedanken „abgekommen“. Sie beabsichtigt jetzt zwar auch noch die Halbierung der Beiträge, will aber dafür die Sätze im Rassenvorstand auch zur Hälfte auf Arbeitnehmer und Arbeitgeber verteilen und für die Wahl des Vorsitzenden derartig rigorose Bestimmungen treffen, daß die Aufsichtsbehörde häufig nach eigenem Ermessen den Vorsitzenden ernennen kann — ein Recht, das sie heute nicht hat. Ein Arbeiter wird wohl nie das Vertrauen der Aufsichtsbehörde besitzen. Daher wird häufig ein Arbeitgeber, noch häufiger aber irgend einer ihrer Beamten, also ein Bureaukrat, von der Aufsichtsbehörde zum Vorsitzenden ernannt werden. Aus den Händen der Arbeiter sollen in Zukunft die Krankenkassen in die Hände der Arbeitgeber oder in die der Bürokratie übergehen. Haben die Arbeiter jetzt schon nichts oder fast nichts bei der Durchführung der Unfall- und Invalidenversicherung zu sagen, so soll ihr Einfluß auf die Krankenversicherung in Zukunft auch zur Bedeutungslosigkeit herab gedrückt werden. Man schämt sich also wirklich nicht, den Arbeitern den einzigen Einfluß, den diese auf eine öffentlich rechtliche Körperschaft haben, zu entreißen. Dabei

sagte Bülow 1907, nachdem die Sozialdemokratie „niedergeritten“ worden war, daß „nun erst recht“ die Sozialpolitik gefördert werden solle.

Bei der Eröffnung des Reichstags in diesem Jahre soll möglichst sofort mit der Beratung der Reichsversicherungsordnung begonnen werden. Da ist es denn an der Zeit, zu prüfen, ob es für die Arbeiter vorteilhafter ist, die Hälfte der Beiträge zu zahlen und dafür die paritätische Zusammensetzung des Rassenvorstands mit in den Kauf zu nehmen. Im „Zentralblatt für Arbeiterversicherung“ hat unlängst ein Freund des Unternehmertums, Stadtrat von Frankenberg-Braunschweig, das Wort ergriffen, um die sich gegen die „Halbierung“ sträubenden Arbeitgeber umzustimmen. Aus seiner „objektiven“ Betrachtung lieft man sehr deutlich heraus, daß man den Arbeitern den Raub des Selbstverwaltungsrechts durch die Halbierung der Beiträge nur verjüchern will; die Arbeitgeber können es schließlich so einrichten, daß sie doch nicht mehr zahlen, als jetzt.

Herr v. Frankenberg ist ein bekannter Sozialpolitiker. Er war auch im Oktober 1908 von der Regierung zu der Konferenz über die Reform der Arbeiterversicherung als „unparteiischer“ Beisitzer geladen. Seine jetzigen Ausführungen dürfen daher nicht unwidersprochen bleiben. Gerade an seinem Artikel können die Arbeiter sehr leicht erkennen, wohin der Kurs gehen soll.

Zunächst soll das Übergewicht der Arbeiter in den Vorständen radikal beseitigt werden. Er will den Spieß umkehren und die Arbeitgeber oder die Bürokratie herrschen lassen. Anlaß dazu soll der „sozialdemokratische Mißbrauch“ bieten, der bisher angeblich in den Krankenkassen betrieben wird.

Gewisse Kreise scheinen nur einen „sozialdemokratischen“ Mißbrauch zu kennen, obwohl über anderen Mißbrauch auch schon manches geschrieben worden ist. Wir erinnern nur daran, daß eine Berliner Innungs-Krankenkasse ein Jahrzehnt lang von ihrem Rassenboten gleichzeitig mit den Krankenkassenbeiträgen die Innungsbeiträge von 1100 Innungsmitgliedern einkassieren ließ. Was würde wohl die Regierung sagen, wenn die Arbeiter es bei irgend einer Kasse durchsetzen würden, daß der Rassenbote auch die Gewerkschaftsbeiträge mit zu kassieren hat? — In Königsberg i. Pr. läßt die dortige Bauinnungs-Krankenkasse von den Rassenangestellten im Bureau dieser Kasse die Geschäfte des Arbeitsnachweises der Arbeitgeber besorgen, wo dann Jahre hindurch die Bauarbeiter zur Mitgliedschaft in den christlichen Gewerkschaften gezwungen wurden. Ein günstiger Zufall spielte uns kürzlich folgendes bezeichnendes Schreiben an den Arbeitsnachweis in die Hände:

Königsberg i. Pr., d. 2. 9. 09.

An den Arbeitsnachweis

hier.

Der Zimmergeselle Ernst S . . . sowie der Arbeiter Ferdinand B . . . sind Trunkenbolde und sollten, um sie von diesem Laster zu befreien, einige Zeit keine Arbeit erhalten.

Hochachtungsvoll

Artur Kühn, Maurermeister.“

S. und B. wurden von obiger Kasse abgemeldet. Der Urteilsbrief war dem Abmeldebettel beigelegt. — In Darmen hat eine menschenfreundliche Betriebs-Krankenkasse bei einem lungentuberkulösen Arbeiter, für den durch Vermittelung des Vereins für Gemeinwohl ein Heilverfahren eingeleitet werden sollte, um „Berücksichtigung“, da der Betreffende „der sozialdemokratischen Partei stark zugehörig“ sei.

Die Kasse hat die Kasse um die Hälfte der Beiträge herabzusetzen, da die Kasse heute schon die Hälfte der Beiträge zahlt, und diese wirkliche Mißbrauch nicht beseitigt, sondern im Gegenteil zum Schaden der Arbeiterschaft noch gefördert werden soll.

Stadtrat v. Frankenberg empfiehlt den Arbeitgebern auf die Halbierung der Beiträge einzugehen, da ja dann auch ihre Macht im Vorstande überragt. Sie würden dadurch z. B. die Möglichkeit haben, sich für die „Vermeidung unnötiger (!) Belastung der Kasse durch große Ausgaben für Krankheitskosten usw. ins Zeug zulegen.“ Ueber den Grundsatz: „Mit möglichst geringen Mitteln möglichst geringe Leistungen“ sollte man wahrhaftig schon in Deutschland hinaus sein. Die Arbeiter brauchen in Krankheitsfällen ausreichende Fürsorge und haben daher stets gegen die mit niedrigen Beiträgen wirtschaftenden aber leistungsfähigen Gemeindekrankenversicherungen mit Recht und schließlich auch mit Erfolg angeklämpft.

Ganz sicher soll aber auch die Simulantenjagd in Zukunft energischer betrieben werden. Es gibt nämlich Sozialpolitiker und Arbeitgeberfreunde, die in jedem Kranken einen Simulanten sehen. Und viele Arbeitgeber sind sofort dabei, Angestellte, die sich krank melden, bei der Krankenkasse als „Simulanten“ zu verdächtigen. Wir besitzen hierin langjährige Erfahrung und

können nur sagen, daß in der Regel diese Denunziationen völlig unberechtigt waren. Nur in ganz vereinzelten Fällen haben wir gefunden, daß bei den auf Wunsch der Arbeitgeber vorgenommenen Nachuntersuchungen die Vermutung der letzteren von dem Vertrauensarzt mit mehr oder weniger großer Sicherheit bestätigt wurde. Wir sind der Ansicht, daß die Krankenkassenkontrolle und das Vertrauensarztssystem bei den großen Kassen gerade genug ausgebaut ist. Eine noch weitere Verschärfung ist unnötig!

Nun nimmt v. Frankenberg an, daß der Arbeitgeber, wenn er selbst zur vollen Hälfte für die Beiträge aufzukommen hat, „um so eher geneigt sein wird, Verbesserungen in seinem Betriebe, die zur Verhütung von Unfällen und Erkrankungen geeignet sind, einzurichten zu lassen und sich dem Räte eines erfahrenen Kassenarztes, dem die Häufigkeit und die wiederkehrende Folge bestimmter Krankheiten innerhalb einzelner Betriebe auffallen muß, nicht auf die Dauer zu verschließen.“ — In der Theorie hört sich dieser Satz sehr schön an; die Praxis sieht dagegen ganz anders aus. Ebensowenig wie heute irgend ein Kassenarzt mit dem Arbeitgeber zwecks Verhütung von Krankheiten Rücksprache nimmt, wird er es auch in Zukunft tun. Und was die Unfallverhütung anbetrifft, so brauchen wir nur an die ewigen Klagen der Berufsgenossenschaften über die Nachlässigkeit der Unternehmer in der Unfallverhütung zu denken, um zu erkennen, daß hier auch eine geringfügige Mehrbelastung keine Abhilfe schaffen wird. Denn die Unterhaltungskosten der Berufsgenossenschaften müssen die Unternehmer allein aufbringen und werden außerdem noch vielfach wegen Nichtbeachtung der Unfallverhütungsvorschriften in Strafen genommen, in höhere Gefahrenklassen versetzt und eventuell sogar zur Ersatzleistung heran gezogen.

Aber die Arbeitgeber sollen ja gar nicht mehr belastet werden! v. Frankenberg meint, daß der Arbeitgeber auch „alle Veranlassung haben wird, bei der Aufnahme neuer Arbeiter in das Beschäftigungsverhältnis erhöhte Vorsicht anzuwenden, damit sie nicht nach ganz kurzer Mitgliedschaft die Kasse und unmittelbar die Tasche des Arbeitgebers mit erheblichen Aufwendungen für langwierige Erkrankungen belasten, deren Keime schon beim Eintritt in das Dienstverhältnis in ihnen stecken und bei sorgfamer Prüfung durch den Arzt erkennbar gewesen wären.“ Daß die Halbierung der Krankenkassenbeiträge zu einem derartigen Mißbrauch führen kann und wird, ist ein sehr wichtiges Eingeständnis und man kann v. Frankenberg nur dankbar dafür sein, daß er auf diese Möglichkeit hingewiesen hat. Für die Arbeiter ist dieses Argument aber mit ein entscheidendes gegen die Halbierung. Jetzt sind schon vielfach Familienväter brotlos und jüngere Arbeiter in Arbeit, weil viele Unternehmer, die Betriebskrankenkassen haben, sich in solidarischer Verbindung mit ihrer Kasse die besten Kräfte vom Arbeitsmarkt aussuchen. Wenn die Halbierung der Beiträge ein Anreiz wird, um diese Praxis allgemein einzuführen, dann müssen wir unwillkürlich fragen, was dann die von Krankheiten verfolgten oder verunglückten Arbeiter anfangen sollen. Sollen diese am Hungertuche nagen? Die „Reichsversicherungsordnung“ sieht nicht einmal eine Erhöhung der Invalidenrente vor. Obige Anregung v. Frankenburgs bietet daher eine schöne Illustration zu dem Kaiserwort von der „gesicherten Existenz der Arbeiter bis ins hohe Alter hinein“. Würde diese Anregung einmal durchgeführt, dann wäre die gesamte Krankenversicherung ein Danaergeschenk, welches auch den zurzeit in Beschäftigung stehenden Arbeitern, deren Nutzen sie ja dienen soll, Unheil bringen würde, denn auch sie werden einmal krank und alt.

Der Vorschlag der Regierung, die Beiträge zu halbieren, ist darnach für die Arbeiter einfach unannehmbar. Für die „Reform“ lieber gar keine! Gern sind sie bereit, die beiden Drittel der Beiträge zu entrichten, unter keinen Umständen werden sie aber das bisherige Selbstverwaltungsrecht für ein Einsengericht preisgeben.

Hus unserem Berufe

Statistisches aus der Isolatorenbranche. Aus Kollegentreifen schreibt man uns: Die Isolatorenkommission veranstaltete am 1. Oktober d. J. eine Umfrage über den Mitgliederstand und über die Lohnverhältnisse in der Isolatorenbranche (Isolatoren-Dreherei). Die Umfrage erstreckte sich über 19 Betriebe. In diesen Betrieben werden demnach beschäftigt insgesamt 745 Personen. Davon sind gelernte Kollegen 400, Lehrlinge 40, männliche und weibliche Ungelernte 305. Organisiert sind davon 339 Gelernte, 32 Lehrlinge und 114 Ungelernte. Von diesen 114 Ungelernten sind jedoch 81 Mann im Fabrikarbeiterverband organisiert. 206 Beschäftigte sind überhaupt nicht organisiert, während die übrigen 4 Mann sich in gegnerischen Verbänden

befinden (Selb). Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt in einem Betriebe 48 Std., in 2 = 52, 2 = 52 1/2, 1 = 52 3/4, 1 = 53, 1 = 55 1/2, 5 = 58, 2 = 59 1/4, 1 = 59 1/2 und in einem Betriebe 60 Std. Zu den Betrieben, die eine längere Arbeitszeit als 53 Stunden die Woche haben, gehören: Auma, Freiberg, Güttengrund, Kolmar, Kronach, Neuhaus b. S., Schramberg, Selb, Sophienau, Weiden und Weißwasser. In Hermsdorf haben die Ungelernten ebenfalls eine längere Arbeitszeit als 53 Stunden die Woche. Insgesamt arbeiten 266 Personen bis zu 53 Stunden die Woche, während 479 Personen eine längere Arbeitszeit haben. Die Zahl der Ungelernten, die erst auf Hermsdorf und Freiberg beschränkt war, scheint sich jetzt durch Einführung von maschinellen Einrichtungen weiter zu vergrößern. Trotzdem durch diese Neuerungen keine größere Arbeitsleistung erzielt werden kann, sollen sie doch die Anlernung Ungelernter erleichtern. Da ist z. B. die Porzellanfabrik Kolmar in Bosen. Dort werden mit einer einzigen Ausnahme nur Ungelernte beschäftigt. Man glaubt eben, mit Hilfe der Maschinen den gelernten Arbeiter überhaupt entbehren zu können. Was die Bezahlung anbetrifft, so ist dieselbe denn auch die denkbar schlechteste. Trotzdem dort durch das Weißabbrechen das Arbeiten bedeutend gesundheits-schädlicher ist als in anderen Betrieben, erhält jeder Arbeiter nicht einmal zwei Drittel des Lohnes, der in anderen Fabriken gezahlt wird. Diese kolmarer Einrichtung nebst Bezahlung hatte nun in Auma die Industrie-Gesellschaft Berghaus ebenfalls einführen wollen. Wenn auch die aumaer Kollegen die Einrichtung in Kauf nahmen, so machten sie aber dafür betreffs der Bezahlung der Firma einen bicken Strich durch die Rechnung. Und das mit Recht. Man kann hier so recht sehen, wie weit die Entwicklung des Arbeitsverhältnisses in dieser Branche schon geblieben ist. Erst gab es nur Gelernte, dann wurden zu den leichteren Arbeiten Ungelernte mit verwendet, denen man zwei Drittel bis drei Viertel des üblichen Lohnes gab, dann läßt man mit Hilfe von Maschinen nur Ungelernte arbeiten, denen man ebenfalls nur bis zu zwei Drittel des üblichen Lohnes zahlt, der aber nach außen hin als ganzer Lohn gelten soll. Und wenn sich die Kollegen nicht auftraffen, so werden wir es bald erleben, daß von letzterem Lohn jüngere Arbeiter z. B. wiederum nur die Hälfte oder zwei Drittel erhalten werden. Wie schon angegeben, werden 305 männliche und weibliche Ungelernte in der Branche beschäftigt. Davon arbeiten 113 Personen schon über 4 Jahre in der Dreherei. Diese haben damit die übliche Lehrzeit hinter sich, nach welcher sie den vollen Lohn beanspruchen können, resp. erhalten müßten. Statt dessen werden sie mit drei Vierteln des Lohnes auch weiterhin abgespelst, um als Vollarbeiter den Lohnbrücker zu machen, bis auf 2 Mann. Diese sind als Vollarbeiter anerkannt und erhalten auch den vollen Lohn. So gering diese Zahl ist, so kann sie doch als Beispiel den minder bezahlten Kollegen dienen. Es müßte dies ein Ansporn sein für diese, um nach einer bestimmten Zeit der Einarbeitung sich den vollen Lohn ebenfalls zu verschaffen. Hierzu gehört allerdings der einheitliche Wille der interessierten Kollegen und als vorbereitender Schritt die Vereinigung ihrer ganzen Kraft in der Organisation. Hier wird ihnen durch die kräftige Unterstützung der übrigen Mitglieder der Wille zur Erreichung des vollen Lohnes gestärkt. Sie lernen mehr Selbstachtung, fühlen dann immer mehr das Entwürdigende ihrer Lage, das Recht auf Gleichstellung macht sich immer stärker geltend bei ihnen, bis sie zuletzt die angelegten Fesseln brechen.

Man wird berichtet: Von der Porzellanfabrik Kolmar werden fortgesetzt Maler von auswärts eingestellt, die sich auf Besuche in keramischen Zeitungen melden. Einige von ihnen hatten größere Gelbtausgaben infolge der weiten Eisenbahnfahrt — einer der Kollegen kam aus Rumänien. — Als sie dann aber den ersten Lohnstag hinter sich hatten, waren sie meist enttäuscht über die „hohen“ Löhne, von denen man so gern vorher spricht. Bei 14-tägiger Lohnzahlung sind 15 bis 20 Mk. Verdienst nichts seltenes. Man sollte freilich meinen, den Besitzern der hiesigen Porzellanfabrik seien die teuren Lebensmittel nicht unbekannt und sie sollten selbst heraus finden, daß mit solchen Löhnen nicht auszukommen ist; aber was kümmert dies heute die Unternehmer, wenn nur ihre Taschen gefüllt werden. Den so schmählich Hereingefallenen bleibt nichts anderes übrig, als den Staub Langeweiles so bald wie möglich von den Pantoffeln zu schütteln und das Colorado Schlegelmilch zu verlassen. Die Kollegen von auswärts erleben aus diesen Zeilen, daß Malergesuche nach hier nicht zu beachten sind, wer nicht einen gewaltigen Reinfall erleben will. Auch dürfte den Kollegen nicht unbekannt sein, daß über die Fabrik die Halbsperre besteht.

Selb. Wir werden um die Aufnahme folgender Zeilen ersucht: „Da in den hiesigen Betrieben Preisreduzierungen an

der Tagesordnung sind, werden die Kollegen jeder Branche, die gesonnen sind, hier in Stellung zu treten, aufgefordert, sich bei eventueller Arbeitsannahme erst bei den hiesigen Kollegen nach den bestehenden Verhältnissen zu erkundigen. Ganz besonders mögen dies die Dreher auf elektrische Artikel beachten."

Vordamm. Wie uns mitgeteilt wird, suchte die Vordammer Steingutfabrik in einer der letzten Nummern des "Sprechsaals" einen Drucker und tüchtige Maler für Auf- und Unterglasur, ferner einen Bedendreher. Wie wir zu gleicher Zeit erfahren, haben erst vor kurzer Zeit einige fremde Drucker, Maler und Dreher in Vordamm die Arbeit aufgeben müssen während noch andere Kollegen, darunter auch ein Bedendreher arbeitslos am Plage sind. Ferner ist zu bemerken, daß mit geringen Ausnahmen in der letzten Zeit nur an fünf halben Tagen gearbeitet wurde. Dazu herrscht ein dauernder Brettermangel im Betriebe. Aus allen diesen Gründen tun die Kollegen gut, mit Arbeitsannahme in Vordamm sehr vorsichtig zu sein. Es ist das den Kollegen in ihrem eigenen Interesse anzuraten.

Vermischtes

Arbeiterferien. Nur in wenigen Betrieben sind bisher Sommerferien für die Arbeiter eingeführt. Kurzfristiger Unternehmerstandpunkt kann sich nur selten dazu aufschwingen, den Arbeitern einige Tage der Erholung im Sommer zu gönnen, um ihnen, die in täglicher, harter Fron jahrein, jahraus arbeiten müssen, Gelegenheit zu geben, sich körperlich und geistig zu erholen. Vielfach sind die von der Firma bewilligten Ferien auch von so kurzer Dauer, daß sie den eigentlichen Zweck nicht erfüllen können. Und die Arbeiter auch nur einiger Gewerbe erfreuen sich dieser kleinen Vergünstigungen. Neben dem Buchdruckgewerbe ist es das Braugewerbe, in dem in einer namhaften Anzahl von Betrieben Ferien für die Arbeiter eingeführt sind. Im Laufe der Jahre ist es dem Brauerarbeiterverband nicht nur gelungen, dem Erholungsurlaub für die Berufsarbeiter eine ausgebreitete Verbreitung zu verschaffen, sondern sie konnten ihn auch tariflich festlegen. Der Erholungsurlaub ist in der Regel nach dem Dienstalter steigend und beträgt 2 bis 8, teilweise vierzehn Tage bei Bezahlung des vollen Lohnes. Bis zum Jahre 1908 (einschließlich) war ein solcher Erholungsurlaub für 30 504 Personen tariflich festgelegt. Bemerkenswert ist, daß in einer größeren Brauerei in Hannover bei einwöchentlichem Urlaub neben der vollen Bezahlung des Lohnes noch ein Zuschuß von 15 M. pro Person gezahlt wird, und zwar partizipieren daran die gesamten Arbeiter des Betriebes. Es wäre zu wünschen, daß ähnliche Einrichtungen bald allgemein eingeführt würden. Doch damit dürfte es noch eine Weile dauern.

Der Arbeitsmarkt im August war nach dem Bericht des Reichsarbeitsblattes in den einzelnen Industrien und den verschiedenen Teilen Deutschlands nicht gleichartig, doch ist überwiegend eine allmähliche Aufwärtsbewegung der Beschäftigungskurve eingetreten. Zwar war die Lage auf dem Ruhrkohlenmarkt unverändert unbefriedigend, jedoch lauten die Nachrichten aus den schlesischen Revieren und aus dem mitteldeutschen Braunkohlengebiete vorwiegend günstig. Besonders der Absatz von Hausbrandkohle zur Ausfüllung der Wintervorräte hat sich gehoben. Auch in der Metall- und Maschinenindustrie belebte sich der Geschäftsgang. Der Stahlwerkverband hat seinen Verbandstag am 1. August in der hiesigen Fabrik in Gleibitz abgehalten. -- In der Glas- und Glaserindustrie gebessert. Die elektrische Industrie war ebenfalls höher beschäftigt als im Vormonate. Das Daugewerbe verzeichnete fast allenthalben noch eine befriedigende Tätigkeit. Eine zum Teil stark erhöhte Beschäftigung trat in den verschiedenen Zweigen der Bekleidungsindustrie ein. Teilweise, vor allem in den Großstädten, herrschte Mangel an Arbeitskräften. Dagegen hatte die Textilindustrie noch immer unter ungünstigen Verhältnissen zu leiden. Die Lage der Tabakindustrie hat sich nach der ungünstigen Seite hin verändert. Auf die angestrengte Tätigkeit, die im Vormonate und auch noch in der ersten Hälfte des Berichtsmonats herrschte, ist mit dem 15. August, dem Tage des Inkrafttretens des Wertsteuergesetzes auf Rohabak, zunächst ein empfindlicher Rückschlag gefolgt. Auch im Brauereigewerbe hat seit der Mitte des Monats infolgeder teilweise einsetzenden Preiserhöhung ein zeitweiliger Rückgang des Absatzes Platz gegriffen.

Das Wort „Streitbrecher“ ist keine Beleidigung. Jemand ein Rumpan aus der edlen Junst der Streitbrecher hatte sich beleidigt gefühlt, weil er mit dem ihm zukommenden Namen bezeichnet worden war. Vertrauend auf den besonderen Schutz, den die Gerichte den „nützlichen Elementen“ zuteil werden lassen,

hatte der Ehle eine Beleidigungsklage angestrengt, mit welcher er jedoch glatt abgefallen ist. Wie das „Hamburger Echo“ berichtet, ist dem Mann mit der ramponierten Ehre der nachstehende Bescheid zugegangen: Amtsgericht Hamburg. In Privatklagesachen . . . Privatklägers, gegen . . . Beschuldigten, beschließt das Amtsgericht durch den Amtsrichter . . .: „Der Antrag auf Eröffnung des Hauptverfahrens wird abgelehnt; der Kläger trägt die Kosten des Verfahrens. Gründe: Das Wort Streitbrecher ist keine Beleidigung. Es bedeutet einen Arbeitswilligen, einen Menschen, der arbeitet statt zu streiken. Das ist kein Vorwurf, sondern ein Lob.“ Hamburg, den . . . gez. . . beglaubigt . . .“ Für einen Arbeiter, der auf die Erhaltung seines ehrlichen Namens bedacht ist, ist natürlich die Bezeichnung Streitbrecher nichts weniger als ein Lob. Aber wer sich zu so verächtlichem Tun hergibt, hat keinen Grund, sich beschwert zu fühlen, wenn er als das bezeichnet wird, was er ist. Insofern entspricht der Bescheid des hamburger Amtsgerichtes dem Rechtsgefühl des Volkes.

Die Arbeiter müssen bezahlen. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika haben, dem Beispiele Deutschlands folgend, die Einfuhrzölle auf ausländische Waren erhöht und dadurch auch den deutschen Waren den Absatz bedeutend erschwert. Um das gefährdete Absatzgebiet wieder zu erobern, wird seitens der Unternehmer der Versuch gemacht, die Herstellungskosten zu vermindern und hierdurch die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie zu erhöhen. Der Bund der Industriellen hat eine diesbezügliche Erklärung losgelassen, worin gesagt wird, daß die einzige Möglichkeit, dem zum größten Teil erhöhten Zolltarif der vereinigten Staaten, der namentlich die deutsche Kleinteilen- und Textilindustrie schwer treffe, wirksam zu begegnen, darin zu erblicken sei, daß die Herstellungskosten auf Grund der bei uns bislang noch billigeren Lebenshaltung wesentlich geringer bleiben müßten. Es erweise sich die Entschließung aller beteiligten Kreise in Deutschland, die Erzeugungskosten weder direkt noch indirekt zu erhöhen, als die beste Abwehr der amerikanischen Einfuhrerschneidungen. Diese Entschließung müsse nicht nur bei der deutschen Regierung und beim Reichstag, sondern auch bei den deutschen Arbeiter Platz greifen.“ Da bei den Herstellungskosten die Arbeitslöhne eine wichtige Rolle spielen, so heißt dies mit anderen Worten, daß die deutschen Arbeiter mit Rücksicht auf die amerikanische Konkurrenz sich mit niedrigen Löhnen begnügen und vor allen Dingen keine Lohnforderungen stellen sollen. Also trotz der Verteuerung der Lebensmittel sollen die deutschen Arbeiter auf eine Lohnerrhöhung verzichten und sich den Hungerriemen fester um den Leib schnallen. Daran, daß auch die Kapitalisten von ihrem arbeitslosen Einkommen, den Millionengewinnen, einen Teil im Interesse der Konkurrenz abgeben könnten, daran denkt kein Mensch. Aber so ist nun einmal der Lauf der Welt: die armen Arbeiter, die bei largem Lohne fronen, sollen Bescheidenheit üben, an dem Profit der Kapitalisten darf beileibe nicht gerührt werden.

Die wirtschaftliche Krise in der Metallindustrie. Kaum ein anderer Industriezweig ist von der wirtschaftlichen Krise so hart betroffen worden wie die Metallverarbeitung. Die angerichteten Verherungen sind ganz furchtbare. Am deutlichsten kommt das zum Ausdruck in den Berichten der Eisen- und Stahlberufsgenossenschaften für das Jahr 1908, die nunmehr vollständig erschienen sind. Diese Genossenschaften, acht an der Zahl, welche die gesamte deutsche Eisen- und Stahlbearbeitung umfassen, zählten im Jahre 1907 zusammen 1 000 000 Arbeiter, welche 1 444 659 289 Mark an Lohn erhielten. Es hat demnach die Zahl der beschäftigten Arbeiter um 22 470 und die Summe der gezahlten Löhne um 50 804 711 Mark abgenommen. Verhältnismäßig ist der Rückgang der Löhne größer als der der Arbeiterzahl. Das hat seinen Grund darin, daß statt Arbeiterentlassungen vielfach Feterschichten vorgenommen wurden. Infolgedessen sind auch die durchschnittlichen Löhne sämtlicher Arbeiter zurück gegangen und zwar von 1245 Mark im Jahre 1907 auf 1227 Mark im Jahre 1908. In den einzelnen Gebietsteilen war der Einfluß der Krise natürlich ein sehr verschiedener. Am stärksten war er wohl bei der Südwestdeutschen Eisenberufsgenossenschaft, welche Elsaß-Lothringen umfaßt. Bei dieser verminderte sich die Zahl der beschäftigten Arbeiter von 76 854 auf 60 507 und die Summe der gezahlten Löhne von 98 Millionen auf 71 Millionen Mark. Im Jahre 1907 entfiel auf einen Arbeiter ein Durchschnittslohn von 1280 Mark, im Jahre 1908 aber nur von 1195 Mark. Schlechte Geschäfte hat auch die Rheinisch-Westfälische Hütten- und Walzwerkindustrie gemacht. Bei dieser verminderte sich die Arbeiterzahl von 174 868 auf 168 442 und die Summe der gezahlten Löhne von 286 auf

251 Millionen Mark. Bei der Sächsisch-Thüringischen Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft verminderte sich die Zahl der Arbeiter von 156 042 auf 152 070, die gesamte Lohnsumme von 179 auf 172 Millionen Mark und der Durchschnittslohn eines Arbeiters von 1148 auf 1137 Mark. Verhältnismäßig am günstigsten war die Situation noch in Schlesien. Auffällig ist das Ergebnis der Nordöstlichen Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft (Brandenburg, Pommern, Ost- und Westpreußen), bei welcher die Zahl der Arbeiter von 123 765 auf 124 948 stieg, die Lohnsumme sich aber von 148 auf 144 Millionen Mark verminderte. Einen ähnlichen Rückschlag hatte die deutsche Metallverarbeitung nur im Jahre 1907 gegenüber dem Vorjahre zu verzeichnen; doch war hier die Verringerung sowohl der Arbeiterzahl als auch der Lohnsumme nicht so erheblich wie 1908.

„Entschädigung“ der Tabakarbeiter. Mit der Auszahlung der den arbeitslosen Tabakarbeitern zustehenden Unterstützung aus dem Viermillionsfonds haben es die Regierungsorgane gar nicht eilig. Es scheint fast, als wollte man die unterstützungsberechtigten Arbeiter durch die ihnen zugefügte Behandlung veranlassen, auf ihren Anspruch zu verzichten, um so den Fonds zu schonen, der, wie bereits feststeht, ohnehin nicht ausreicht, um den berechtigten Anforderungen zu genügen. Aber nicht allein, daß die Hoffnung auf Unterstützung öfters vergeblich ist, man hat auch bereits versucht, die arbeitslosen Tabakarbeiter zum Streikbruch zu zwingen. Die Zigarrenfabrik von Michelmann & Nolte in Werffen bei Dünde in Westfalen, deren Arbeiter im Streik stehen, hat sich an das Amt Ennigloh gewandt, um Zuweisung von Tabakarbeitern als Streikbrecher. Und tatsächlich hat das Amt die um Unterstützung nachsuchenden Arbeiter genötigt, sich schriftlich zur Annahme der Arbeit zu verpflichten. In letzter Zeit wird auch aus Blotho in Westfalen berichtet, daß der mit der Auszahlung der Unterstützung beauftragte Zollamtsvorsteher den Versuch macht, die arbeitslosen Tabakarbeiter zu verleiten, als Streikbrecher nach Schweden zu gehen. — Gegen diese Versuche muß der entschiedenste Protest eingelegt werden. Die Regierungsorgane sollen sich damit begnügen, daß den armen Tabakarbeitern durch die Steuer das Brot genommen wurde, und nicht auch noch versuchen, ihnen den ehrlichen Namen zu rauben.

Kassel. Die bürgerliche Presse begleitet die Mitteilungen vom Zwangsverkauf des Kasseler Gewerkschaftshauses mit hämischen Glossen. Von beteiligter Seite wird nun zu dem bedauerlichen Vorkommnis geschrieben: Der Zusammenbruch des Gewerkschaftshauses ist auf finanzielle Schwierigkeiten zurück zu führen, die daraus entstanden sind, daß es der Baugesellschaft nicht möglich war, außer der ersten Hypothek in Höhe von 800 000 Mk. weitere Hypothekengelder zu beschaffen. Infolgedessen war die Zinsbelastung der Baugenossenschaft so groß, daß sie — trotz des ausgezeichneten Geschäftsganges — ihren Verpflichtungen nicht nachkommen konnte. Als mit dem Bau begonnen wurde, war den Beauftragten der Gewerkschaften von vertrauenswürdiger Seite die Beschaffung von Hypothekengeldern bestimmt versprochen worden. Diese Versprechungen wurden nicht gehalten oder besser gesagt, konnten nicht gehalten werden, weil eine furchtbare wirtschaftliche Krise einsetzte, die bis auf den heutigen Tag andauert und viele geschäftliche Unternehmungen, auch in Kassel, verwickelte. Alle Bemühungen des Vorstandes der Baugenossenschaft, Hypotheken zu beschaffen, waren vergeblich. Den Kasseler Gewerkschaften weitere Opfer an dauernden Beiträgen aufzuerlegen, um die laufenden Verpflichtungen decken zu können, erschien untunlich. Die Sanierungsversuche als aussichtslos angesehen werden mußten, nachdem sicher feststand, daß Hypotheken in ausreichender Höhe nicht zu bekommen waren, andererseits aber die Rückzahlung der Baugelder verlangt wurde. Dieser Vorgang sollte aber eine Mahnung für die Arbeiterchaft allerorts sein, mit derartigen Gründungen nicht so ungesäumt vorzugehen. Es gibt meistens überall noch eine ganze Reihe dringenderer Aufgaben zu erfüllen, bevor man an den Bau eines Gewerkschaftshauses herangeht.

Ueber die Finanzen des Reichs und der deutschen Bundesstaaten veröffentlicht das Kaiserliche Statistische Amt eine Darstellung der Finanzen des Reichs und der deutschen Bundesstaaten. Die Ausgaben, Einnahmen, die wichtigeren Bestandteile des Staatsvermögens sowie die Schulden werden behandelt. Die Nachweise beziehen sich durchweg für die Voranschläge auf das Rechnungsjahr 1908. Insgesamt betragen die Staatsausgaben nach den Voranschlägen der Bundesstaaten 5411 Millionen Mark (darunter außerordentliche 261), für das Reich 2958 (darunter außerordentliche 265), zusammen in Reich und Bundesstaaten 8364 (darunter außerordentliche 526). Die Staatseinnahmen belaufen sich in den Bundesstaaten auf 5887 Millionen Mark,

im Reich auf 2958, zusammen in Reich und Bundesstaaten 8840 (darunter außerordentliche aus Grundstock, Anleihen und sonstigen Staatsfonds 234 bezw. 266). Unter den ordentlichen Ausgaben und Einnahmen der Bundesstaaten stehen die Erwerbseinkünfte mit 2597 bezw. 3608 Millionen Mark an erster Stelle. Der Hauptanteil entfällt auf die Staatseisenbahnen mit 1908 bezw. 2681. Der Rest verteilt sich auf Domänen, Forsten, Bergwerke, Staatsdampfschiffahrt, Post, Telegraph und die sonstigen Staatsbetriebe. Die ordentlichen Ausgaben und Einnahmen des Reichs an Erwerbsanstalten (672 bezw. 825 Millionen Mark) entfallen hauptsächlich auf Post und Telegraph (562 bezw. 655) und die Eisenbahnen (105 bezw. 126). Die nächstwichtigste Einnahmequelle bilden Steuern und Zölle. Die Bundesstaaten erhoben an direkten Steuern 585, Aufwandsteuern 82, Verkehrssteuern 86 und Erbschaftssteuern 18, zusammen 771 Millionen Mark. Das Reich bezieht aus Zöllen 755, aus Aufwandsteuern 478, aus Verkehrssteuern 152 und aus der Erbschaftsteuer 42, zusammen 1427 Millionen Mark. Zahlenmäßige Nachweise über das Staatsvermögen der einzelnen Bundesstaaten konnten nur in bezug auf wichtigere Bestandteile erbracht werden. Neben Ueberschüssen früherer Rechnungsjahre, verfügbarem Staatskapitalvermögen usw. besitzen die Bundesstaaten an Domänen ein Areal von 766 712 Hektar, an Forsten 5 009 859 Hektar. Die Staatseisenbahnen repräsentieren eine Länge von 51 960 Kilometern (im Reich 1816) und ein Anlagekapital von 14 766 (im Reich 728) Millionen Mark. Die fundierten Staatsschulden beziffern sich zu Beginn des Rechnungsjahres 1908 für die Bundesstaaten auf 12 930 (darunter Preußen 7619, Bayern 1795), für das Reich auf 3644 Millionen Mark. Die schwebenden Schulden betragen insgesamt 774 Millionen Mark; sie entfallen in der Hauptsache auf das Reich (360) und Preußen (845).



Zur Unterhaltung

Bauernstudenten.

Aus dem Dänischen.

Hofbesitzer Peter Jensen hatte einen wohlbestellten Hof, drei Söhne und zwei Töchter. Vier von den Kindern erlernten die Landwirtschaft, doch der eine Sohn sollte studieren. Von klein auf verriet er ungewöhnliche Begabung. Jensen war selber ein recht belesener Mann und hielt es für passend und rühmlich, wenn er einen der Söhne studieren ließ.

Der junge Jensen wurde also nach Kopenhagen geschickt. Als er in den nächsten Sommerferien nach Hause kam, konnten ihm die Leute gleich ansehen, daß er auf den rechten Fleck geraten war. Er sah bereits anders aus als seine Geschwister, heller und schmäler und gewandter in Bewegung und Rede; die Gelehrsamkeit fiel auf fruchtbaren Boden bei ihm, sie war seinem Aeußern anzusehen, so wie man den Rühen vom guten Schlag das solide Futter ansehen kann. Aus ihm mußte gewiß etwas werden.

Als Student war er eine Pflanze der Gegend. Er war der reine Kopenhagener, wie die Leute sagten, was jedoch nicht so zu verstehen war, daß er deswegen denen daheim fern stand. Im Gegenteil, er konnte mit allen Menschen reden, wie er es immer gekonnt hatte; und es war nur noch amüsanter geworden, mit ihm zu plaudern. Alte Frauen, denen er unterwegs begegnete, wenn sie nach Hause kamen, schrien aus Freude über die Geschichten, die er binnen zwei Minuten zu erzählen gab. Bei festlichen Gelegenheiten war er ein beliebter und unterhaltender Gast. In seinen Geschichten trafen Stadt und Land zusammen; denn er begnügte sich nicht mit den Kopenhagener Anekdoten. Mit seinem geschärften Sinn für Komik spürte er die drolligen Größen der Gegend auf, ahmte sie nach in Stimme und Manieren und trug so zu ihrer Verewigung bei. Die Leute hatten noch lange nach seiner Abreise Nutzen von ihm.

Nach dem Abturierteneexamen, das er nicht mit Auszeichnung bestand, gönnte sich der junge Jensen eine kleine Ruhepause; und er langweilte sich inzwischen nicht. Sein Vater war ja wohlhabend, so daß er sich keine Beschränkungen auf zu erlegen brauchte. Der erste Teil des polytechnischen Examens ließ auf sich warten; und sein Vater machte ihn bei Gelegenheit darauf aufmerksam, daß er jetzt 8000 Kronen gelostet habe. Wenn er noch 6000 verbraucht habe, könne er nicht mehr viel erwarten. Der junge Jensen fügte in Gedanken 2000 hinzu, dividierte die Summe durch 4 und kam zu dem Resultat: 2000; ja, ja, 2000 im Jahr für die übrige Zeit, das konnte angehen.

Ungefähr um diese Zeit sandte der Hofbesitzer Hans Nielsen seinen Sohn nach Kopenhagen, um ihn studieren zu lassen.

Hans Nielsen war ein stiller Mann, der seinem Ackerbau auf alte Manier nachging, während auf Peter Jensens Schreibtisch landwirtschaftliche Schriften lagen. Der Sohn war so still wie der Vater und stand früh im Ruf großer Gelehrsamkeit. Er entlieh viele Bücher vom Schullehrer; und noch ehe er konfirmiert wurde, hatte er dessen ganzes Bücherregal durchgearbeitet, das 3 Ellen hoch und 2 1/2 Ellen breit war und 6 Bretter hatte. Sein Abiturientenexamen bestand er mit Glanz, und er kam kurzschichtiger und unsicherer im Auftreten als früher nach Hause. Im übrigen glich er seinem Vater; in Gang und Haltung unterschied er sich nicht viel von den andern Bauernburschen, nur war er noch schwerfälliger. Aber gelehrt sah er aus.

Als der junge Jensen endlich beschloß, den ersten Teil des Examen zu versuchen und durchfiel, bestand der junge Nielsen mit Auszeichnung das zweite Examen. Als er nach Hause zurück kam, mußte er der starken Sommerhitze wegen über der Lognette eine blaue Brille tragen; am Abend jedoch nahm er sie ab und war dann wieder zu erkennen. Die beiden Studenten begegneten einander bei festlichen Anlässen. Jensen schwana die Mädchen nach den besten Mustern, traktierte sie nach jedem Tanz und ging mit den Schönsten hinaus ins Freie, was ungewöhnlich war und Aufsehen erweckte. — „Was hat er zu dir gesagt?“ fragte die eine die andre. „Was habt ihr gemacht?“ Viel Richern und Ausforschen folgte. — Wer wohl jetzt an die Reihe kommen würde?

Bei Tisch gab er Kunststücke und Anekdoten zum besten. Immer herrschte Jubel um ihn herum. Inzwischen unterhielt sich Student Nielsen mit einem älteren Manne oder erklärte einem wißbegierigen Hüfnersohn dies oder jenes. Doch alle die andern scharten sich um den jungen Jensen. In Kopenhagen verkehrte er in den letzten Jahren viel mit Varietékünstlern und hatte von ihnen gelernt. Er sei ein tüchtiger Mimiker und Taschenspieler geworden, versicherten die Leute in seiner Heimat.

Dann brachte eines Tages der junge Jensen seine Braut mit nach Hause. Sein Vater vertraute ihm unter vier Augen an, ein Examen wäre ihm willkommen gewesen als eine Schwiegertochter; doch bereitete er ihr einen guten Empfang; sie war nett und still, weder schön noch zu lebhaft; das sah er für ein gutes Zeichen an. Aber er wurde unleugbar etwas kühler zu ihr, als es sich herausstellte, daß sie kein Geld hatte. Welchen Sinn hatte das? Er hatte geglaubt, der Sohn sei vernünftig geworden und wisse, was er wolle. Auch seine Geschwister bellagten sich und verloren allen Respekt vor dem gelehrten Bruder. Und die Leute lästerten.

Zu gleicher Zeit kam Student Nielsen mit der goldenen Medaille für eine Abhandlung nach Hause, aber er hatte zuviel studiert und durfte drei Monate lang nicht arbeiten; er schlug alle Einladungen ab; denn er konnte es nicht recht vertragen, mit anderen Menschen zusammen zu sein. Es war ja aller Ehren wert.

Jensen aber war ein Schelm; er kam zu den Ferien stets mit seiner Braut nach Hause und lebte in den Tag hinein. Womit beschäftigte er sich eigentlich? Mit dem Studieren war es aus; sein Erbteil war verbraucht, und er fing an, zerlumpt auszusehen. Aber wie es schien, bekam er genug zu essen. Wovon lebte er? Die einen behaupteten, er trete als Gesangs-Comiker auf, die anderen, er ernähre sich als Taschenspieler. Es gab auch Leute aus der Gegend, die ihn in Wirtschaften der Hauptstadt trafen und ihn zu einem Gläschen einluden; es lasse sich so gut mit ihm plaudern, fügten sie kopfschüttelnd hinzu. Der Vater empfand es als Beschuldigung, wenn ihn jemand nach dem Subjekt fragte. Das lag daran, daß er ein Schamknecht war. Die Leute gingen an auszurechnen, wieviel er seinem Vater gekostet hatte.

Zur selben Zeit kam Student Nielsen nach Hause und mußte Wiesenpromenaden machen. Er hatte zu viel studiert, und ein Kopenhagener Professor hatte ihm für ein halbes Jahr verboten, ein Buch zu öffnen. Die Leute begriffen, daß die Wissenschaft auch ihre Opfer erfordert; dazu ließ sich nichts sagen. Aber er war ein rechter Sonderling geworden, mit dem sich kaum noch reden ließ. Er erkannte einen nicht wieder und gab einem verkehrte Namen; und so überließ man ihn sich selber.

War der junge Jensen Schauspieler geworden, so mußte man auf alle Fälle sagen, daß er keine Reichtümer dabei verdiente. In schäbiger Kleidung suchte er die Heimat immer wieder auf und war sogar unverschämt genug, stets die Braut mitzubringen. Eines Nachmittags trafen ihn ein paar Leute und gerieten in Verlegenheit darüber. Unnötig laut und leutselig redeten sie ihn an: „Schau mal an, Jensen, sind Sie heut herüber gekommen?“ Wie wenn sie einen bankrotten Hofbesitzer

vor sich hätten, der sie, wie sie argwöhnten, anbetteln wolle. Doch der junge Jensen empfand keine Scham; er fing gleich an, das große Wort zu führen, so daß die Leute ihn noch einmal betrachten mußten, ob sie sich nicht in der Person geirrt hätten. War er denn wirklich nicht klein zu kriegen? Die Leute wußten nicht, was sie zu der Sache sagen sollten.

Doch zu Hause empfingen ihn seine Geschwister und sein Vater als verlorenen Sohn. Die Mutter suchte zu besänftigen und deckte den Tisch. Doch der verlorene Sohn fühlte sich durch nichts bedrückt. Er schuf beim Abendbrot eine Stimmung, der sich die andern nicht entziehen konnten. Er gab seine verschiedenen Rollen zum besten, erzählte, spielte und sang, so daß man ihm nicht widerstehen konnte. Die Eltern und Schwestern ergaben sich sofort, die Brüder jedoch waren zäher; und obwohl sie sich vor Lachen nicht halten konnten, tauschten sie zwischen- durch doch verächtliche Blicke miteinander aus. Das dankbarste Publikum aber bildete das Gesinde, das gleichfalls in die Stube kam. Einen so amüsanten Abend hatte man auf dem Hofe noch nicht erlebt. Die Leute erzählten davon; und auch die Geschwister konnten es nicht unterlassen, damit zu prahlen, wie unterhaltend es gewesen sei; und sie versuchten sich nach besten Kräften in der Wiedergabe der Darbietungen ihres Bruders. In mellenweitem Umkreis lachte man darüber. Man suchte Peter Jensen auf und besprach die Sache, und er selber mußte lachen und fügte hinzu: „Ach ja, Gott steht uns bei!“

Die einzige, die nicht lachte, so wurde später erzählt, war die Braut. Sie saß da und lächelte still dazu. Sie konnte das alles gewiß auswendig.

„Nein, es ist wohl nicht so leicht, Schauspieler zu sein. Die Leute zum Lachen zu bringen und Theater zu spielen, ist zweierlei.“ So sprach man, als der junge Jensen seine Bühnenlaufbahn beschloß. „Er ist auch ganz und gar nicht mehr amüsant“, sagten ernste Männer; und sie wollten nicht mehr über ihn lachen. Dagegen begannen sie, darüber zu diskutieren, ob er dort in der Gegend oder in Kopenhagen das Heimatsrecht genieße.

Eines Abends, als Peter Jensen vom Bahnhof kam, sagte er zu einem andern Hofbesitzer, den er traf: „Nun hab ich meinen Sohn auf den Erab gebracht. Er hat einen Milch- und Bäckerladen auf Vesterbro in Kopenhagen. Wenn es damit nicht geht, müssen wir ihn wohl nach Amerika schicken.“ — Der andre Mann nickte und sagte, das sei ganz richtig, da lasse sich nichts andres machen.

In denselben Tagen verhalf Hans Nielsen seiner heimatlichen Gegend zu Ruhm und Ehre, indem er sein Staatsexamen vorzüglich bestand. Nun konnte er sich um eine Anstellung bewerben und würde wohl bald vorwärts kommen.

Der junge Jensen verheiratete sich gegen den Willen der Familie; und eines Morgens im April stand er in seinem Laden und erwartete den ersten Kunden. Als erste kam eine ältliche Frau, die für fünf Dore Milch haben und sich bei dieser Gelegenheit den neuen Mann angucken wollte.

„Schönes Wetter heute“, sagte sie.
„Ja, haha“, erwiderte er mit lauter komischer Stimme, „so was nennt man ohne Frage Sonnenschein.“

Die Frau war ganz geblendet und glaubte, einen großartigen Witz vernommen zu haben. Sie mußte so sehr lachen, daß sie sich nicht getraute, die Milch in die Hand zu nehmen, um sie nicht zu verschütten.

„Sie haben sich hier wohl von mir gekauft?“ fragte sie, und zeigte auf den Milchbehälter.

„Ja, er hat es abgeholt“, sagte er, „er hat einen Pfennig gegeben.“

Es folgte eine längere Unterhaltung, die damit endigte, daß er das Fünfstück, das sie auf ihre zehn Dore zurück bekommen hatte, in seinem Ärmel verschwinden ließ, worauf er es der Frau aus der Nase hervor zog.

Die Frau blieb noch eine Zeitlang auf dem Gang stehen, bevor sie sich auf die Straße hinaus wagte; später mußte sie in einen Hausflur treten, um zu Ende zu lachen. Sie lachte, daß ihr die Milch über die Finger herab lief. Sie leckte sie ab. Und die Tränen liefen hernieder und vermischten sich mit der verschütteten Milch. Für fünf Pfennige Milch hatte sie gekauft, aber zu Hause war nur noch für drei Pfennige übrig.

Ihrem Manne erstattete sie bei Tisch Bericht, so daß er bei seinem gebratenen Speck fidel grunzen mußte. Auch andere Frauen hörten von dem neuen Ladeninhaber, und er bekam viel Zulauf. Er verstand zu erzählen und sich erzählen zu lassen. Er war vertraut mit den Geheimnissen der ganzen Straße, und schon in den ersten Jahren brachte er jährlich fünfhundert Kronen auf die Sparkasse; später legte er mehr zurück.

Magister Nielsen hatte inzwischen eine Anstellung an einer kleinen Schule gefunden, wo er 1000 Kronen im Jahre bekam. Dort sollte er vorläufig bleiben, um sich an den Umgang mit Menschen zu gewöhnen, bevor er sich um einen ordentlichen Posten bewerben konnte. Wenn er nach Hause zu Besuch kam, sah er ebenso gelehrt und menschenscheu aus wie immer.

Versammlungs-Berichte etc.

st. Burgau. Am 17. Oktober fand in Burgau im Restaurant Schaumann eine Versammlung der Glas- und Töpferarbeiter Jenas und der Porzellanarbeiter Burgaus statt. In derselben sprach Verbandsführer Genosse Schneider über die Verschmelzungsfrage des Porzellanarbeiter-, Glasarbeiter- und Töpferverbandes. Nach den einstündigen fesselnden Ausführungen des Redners nahm die von ungefähr 80 Personen besuchte Versammlung eine Resolution an, welche die dringende Notwendigkeit der Verschmelzung betont.

sch. Eisenberg. Am 11. Oktober fand in der Verschmelzungsfrage eine ziemlich gut besuchte Versammlung, mit dem Genossen Schneider als Referenten, statt. Die Ausführungen desselben gipfelten hauptsächlich in den Zugeständnissen der einzelnen Verbände und daß speziell die Porzellanarbeiter, wenn eine Einigung erreicht werden soll, alle Kleinlichen Bedenken fallen lassen müssen und nur das große gewerkschaftliche Ziel im Auge behalten. Die Notwendigkeit einer Verschmelzung wurde in einer Resolution einstimmig anerkannt.

a. v. Kahla. In einer außerordentlichen Mitgliederversammlung referierte Kollege Schneider-Charlottenburg über die Verschmelzung der Töpfer, Glas- und Porzellanarbeiter in ausführlicher Weise. Der Redner führte den Anwesenden zahlgemäß vor Augen, wie es die Töpfer und die Glasarbeiter verstanden haben, selbst in der Zeit der Krisis, mit Hilfe ihres Verbandes Vorteile für sich heraus zu holen, während die Porzellanarbeiter darauf bedacht sind, nur die Unterstützungseinrichtungen ihres Verbandes günstig für sich zu gestalten. Und so haben denn die beiden ersten Verbände an Unterstützungen wenig, an Verkürzungen der Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne aber ganz Bedeutendes für ihre Mitglieder geleistet, während die Porzellanarbeiter alles für Unterstützungszwecke ausgaben, und daher zur Eringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen nichts übrig hatten. Genosse Schneider führte weiter aus, daß wir nicht daran denken, unsere Unterstützungseinrichtungen ganz zu beseitigen, daß dieselben aber, wollen wir auch für andere Zwecke etwas übrig haben, ganz bedeutend verkürzt und verringert werden müßten. Genosse Schneider erntete am Schlusse seiner Ausführungen reichen Beifall. In der Diskussion wurde ausgeführt, und alle Anwesenden sahen das ein, daß es so nicht weiter gehen könne. Unter anderem wurde auch ein Fall recht krasser Ausnutzung vorgetragen und zwar betraf diesen Porzellanmaler Oskar Frommelt. Derselbe hatte sich, nachdem er genau die Karenzzeit von 52 Wochen bestanden hatte und ganze 42 Mark an die Unterstützungskasse bezahlt hatte, krank gemeldet, worauf er die Kasse um sage und schreibe 180 Mk. erleichterte. Er schrieb alsdann an den Kassierer des Verbandes folgenden Brief: „Unterzeichneter meldet sich hiermit vom Verbandsab, Gründe anzugeben halte ich für überflüssig. Oskar Frommelt.“ — Dieser Fall steht nicht vereinzelt da, sondern ist nur einer aus so vielen heraus gegriffen, und zeigt, daß uns die übermäßigen Unterstützungseinrichtungen nicht Nutzen, sondern nur Schaden gebracht haben. Darum, hinweg damit. — Ferner wurde bekannt gegeben, daß die Direktion der A.-G. beabsichtigt, neueingestellte Leute zu einem niedrigeren Lohnsätze zu beschäftigen, das heißt Dreher nur mit Quetscherlöhnen zu beschäftigen. Es ist daher bei Arbeitsannahme Vorsicht am Platze! Es bedeutet das nicht nur einen Schaden für die Neueingestellten, sondern auch die jetzt schon in den Betrieben Arbeitenden werden über kurz oder lang billiger arbeiten müssen. Alles das ist nicht dazu angetan, diese alten Einrichtungen in unserem Verbandsverbande bestehen zu lassen, sondern dafür zu sorgen, daß auch unsere Organisation eine andere, eine Kampforganisation im wahren Sinne des Wortes wird. Es wurde daher auch eine Resolution, welche die Verschmelzung der Töpfer, Glas- und Porzellanarbeiter gutheißt, einstimmig angenommen.

st. Markredwitz. Bericht von der 16. Agitationskonferenz. Die Zahlstellen waren durch 12 Delegierte vertreten nur Waldsassen hatte keine Delegierten entsandt. Der Vorsitz der Agitationsbezirks eröffnete die Konferenz um 1/2 Uhr, begrüßte die Delegierten und sprach seinen Dank aus, daß fast alle Zahlstellen den Ruf, Delegierte zu entsenden, gefolgt sind. Die Fragebogen wurden von sämtlichen Zahlstellen beantwortet und ist zu ersehen, daß viele Zahlstellen Verluste an Mitgliedern erlitten haben. Auf den Fragebogen ist die Frage vorgelesen, ob die Verluste auf die Generalversammlungsbeschlüsse zurück zu führen wären, was von den meisten Zahlstellen mit einem „Nein“ beantwortet wurde, indem sämtliche Zahlstellen die Mitgliederverluste auf die Krisis in unserer Industrie zurück führten. Genosse Weiß führte in seinem Referat gute Beispiele dafür an und hob hervor, daß die Hausagitation bisher die besten Erfolge aufzuweisen hatte. Die Abstimmung ergab die einstimmige Annahme des Antrages, eine Hausagitation mit vorangegangener Porzellanarbeiter-Versammlung einzuleiten. Sodann wurde von den Delegierten über die Verhältnisse in der Porzellanindustrie, sowie über die Unternehmer und deren Einrichtungen sehr strenge Kritik geübt, woraus jedem klar wurde, daß in den Porzellanfabriken sich Mißstände krasser Art angehäuft haben. Einige Fälle von Firmen in der Oberpfalz wurden besonders benannt, wobei die Delegierten nicht unterlassen konnten, dem Hauptvorstand eine einstimmige Rüge zu erteilen über dessen ablehnendes Verhalten seitens der Zahlstellenberichte. Auch Redwitz hat darin viel Erfahrung, indem Berichte ganz einfach nicht angenommen, sogar zurück gesandt werden mit einigen schroffen Bemerkungen. Sollte hierin die Vorstandschafft so weiter handeln, so wäre keine halbige Remendur angebracht. Die Delegierten kamen zu dem einstimmigen Beschluß, daß nur freihandliches Verwalten der Zahlstellen die Agitation, sowie den Organisationsgedanken stärken können. Mit der Verschmelzung des Porzellans, Glasarbeiter- und Töpferverbandes waren

sämtliche Delegierte einverstanden. Dem Beschluß der Agitationskonferenz Koslau, eine zwei- bis dreitägige Generalversammlung einzuberufen, konnte betreffs des Kostenpunktes nicht zugestimmt werden. Zum Schluß erhielt Genosse Weiß das Wort. Derselbe richtete an die Delegierten die Aufforderung, fest zusammen zu halten und in den Zahlstellen dahin zu wirken, daß der Beschluß betreffs Hausagitation streng durchgeführt werde, damit wir bei der nächsten Konferenz einen enormen Mitgliederzuwachs verzeichnen können.

sch. Neuhaldensleben. In der am 14. Oktober abgehaltenen, gut besuchten, kombinierten Zahlstellenversammlung von Neu- und Althaldensleben referierte Gen. Johann Schneider über die Verschmelzungsfrage. Redner verstand es, die Versammelten in ausführlicher Weise und durch reichhaltiges Zahlenmaterial von der Notwendigkeit der Verschmelzung mit den Verbänden der Töpfer und Glasarbeiter zu überzeugen. Im Laufe der nachfolgenden Diskussion wurde von allen Rednern die Verschmelzung als unbedingt notwendig anerkannt und zum Schluß folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Versammlung ist von der Notwendigkeit überzeugt, daß die Kampffähigkeit unserer Organisation erhöht werden muß und glaubt, als wirksames Mittel hierfür die Schaffung eines größeren aktionsfähigen Industrieverbandes für die Arbeiter der Keramikindustrie durch eine Verschmelzung der bestehenden drei Verbände der Porzellanarbeiter, Töpfer und Glasarbeiter anzustreben. Voraussetzung muß bleiben, daß die bei uns bestehenden Unterstützungszweige erhalten bleiben, wenn auch zugegeben werden muß, daß eine anderweitige Festsetzung der Beitrags- und Unterstützungssätze nicht zu umgehen sein wird, um eine Verschmelzung überhaupt zu ermöglichen. Die Zahlstellen von Neu- und Althaldensleben behalten sich ihre endgültige Stellungnahme in dieser Frage vor, bis der Entwurf eines gemeinsamen Statuts bekannt sein wird. Es wird erwartet, daß die Verschmelzungsfrage in allen Zahlstellen unseres Verbandes auf das eingehendste diskutiert wird, um zu ermöglichen, daß die nächste Generalversammlung unseres Verbandes zu einer entscheidenden Beschlußfassung in dieser Frage kommen kann.“

Celtow. In der Versammlung vom 16. Oktober wurde zuerst beschlossen, die Versammlungen um 7 Uhr zu eröffnen, um den Charlottenburger Genossen, welche bei uns arbeiten, den Versammlungsbesuch bequemer zu machen. Ebenfalls wurde der Antrag angenommen, von der nächsten Versammlung ab die Präsenzliste wieder einzuführen. Sodann wurde von einem Mitglied der Vorstandsbeschluß über seine Rechtschutzangelegenheit zur Kenntnis gebracht und beschlossen, vom Vorstand die Gerichtsurteile zur Einsicht einzufordern, um daraus zu ersehen, inwiefern das Mitglied im Recht ist. Zu gleicher Zeit beschwert sich das Mitglied darüber, daß ihm das Urteil vom Vorstand zurück behalten wird mit der Begründung, daß der Vorstand, sobald er die Gerichtskosten bezahlt, die Urteile nicht mehr aushändigt. Das Mitglied weist aber nach, daß Gerichtskosten vom Vorstand nicht bewilligt worden sind, da zur Zeit, wo das Urteil wiederholt zurück gefordert wurde, von selbigem Mitgliede noch gar kein Antrag gestellt war. Ebenfalls kann die Versammlung die Begründung, welche in bezug der Veröffentlichung des Urteils angegeben war, nicht gelten lassen. Diese stellt sich vielmehr auf den Standpunkt, daß der § 616 d. B. G. seinem Inhalt nach dem größten Teil der Mitglieder vollständig fremd ist und hält es für angebracht, dem Mitgliede auf Grund dieses Urteils volle Klarheit zu verschaffen, da ja sonst unsere politische Tätigkeit, die sich dahin erstreckt, Vertreter in die Parlamente zu senden, die für die arbeitende Klasse Gesetze schaffen, unnütz ist, wenn diese über die bestehenden gesetzlichen Rechte im unklaren erhalten werden und die von Mitgliedern beantragte Aufklärung mit der Begründung abgelehnt wird, daß das Urteil gar nicht so wesentlich ist. Wir halten die gegenseitige Aufklärung noch für einen wesentlichen Faktor und können uns selbst unsere Beamten nicht zu einer anderen Auffassung bewegen. Ein Ergänzungsantrag, welcher dahin geht, den Vorstand zu ersuchen, das Mitglied persönlich zur Vorstandssitzung zu laden, um eventuell volle Aufklärung über die Einzelheiten dieses Falles zu geben, und dem Mitgliede zu seinem statutarischen Recht zu verhelfen, wird angenommen. Der Vorsitzende teilt noch mit, daß über die Verschmelzung Referenten in die Zahlstellen gesandt werden und er fragt an, ob die hiesige Zahlstelle einen Redner wünscht. Die Versammlung beschließt jedoch, von einem Referenten abzusehen und diesen Punkt auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung zu setzen, da die Versammlung der Meinung ist, unter sich selbst Leute zu haben, die über die Verschmelzungsfrage Aufschluß geben können, ev. dasselbe sagen, was ein uns zugehöriger Referent sagen würde und dadurch der Verbandskasse Unkosten erspart bleiben. Die Versammlung empfiehlt dieses anderen Zahlstellen zur Nachahmung. Nachdem unter Beschließenem noch in anderer Angelegenheit wurde, der einen sanitären Mißstand in der Zahlstelle zu Celto, anwo die Versammlung geschlossen.

sch. Borsdorf. In der am 8. Oktober in Rauscha stattgefundenen Versammlung der Glas-, Ton- und Porzellanarbeiter sprach Gen. Wollmann über die Verschmelzung der drei keramischen Verbände. Nach dem fast zweistündigen, wohl durchdachten Vortrag des Gen. Wollmann sprach in der Diskussion der Gauleiter des Glasarbeiterverbandes, Gen. Brähe-Benzig, und der Agitationsleiter des hiesigen Agitationsbezirks, Genosse Sacher, Bunsau. Es gelangte alsdann folgende Resolution zur Annahme: „Die heute stattgefundenen öffentliche Versammlung der Töpfer, Glas- und Porzellanarbeiter erkennt die Notwendigkeit der Verschmelzung der drei Organisationen zu einem Industrieverband, infolge der wirtschaftlichen Umwälzung vollständig an. Die Versammelten sind der festen Überzeugung, daß den geschlossenen Arbeitgeberorganisationen geschlossene Arbeiterorganisationen gegenüber gestellt werden müssen, um den Kampf des ausgebeuteten Proletariats der keramischen Industrie wider ihre Ausbeuter wirksamer gestalten zu können. Die Versammelten erwarten von den einzelnen Vorständen, daß dieselben mit vereinten Kräften für die Verschmelzung der betreffenden Verbände arbeiten, damit der Gedanke so bald wie möglich durchgeführt wird.“

h. Untermyhaus. In der gemeinschaftlichen Versammlung der Zahlstellen Untermyhaus, Roschüg, Langenberg und der Zahlstelle der Töpfer Gera, in welcher Genosse Schneider-Charlottenburg über die Verschmelzungsfrage referierte, erklärten sich sämtliche Redner mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Folgende Resolution wurde von der Versammlung einstimmig angenommen: „Die Versammlung ist von der Notwendigkeit überzeugt, daß eine Verschmelzung der Verbände der Porzellanarbeiter, Glasarbeiter und Töpfer herbei geführt werden muß, im Interesse der drei Berufsgruppen. Die Zahlstellen Untermyhaus,

Roschütz und Langenberg sind überzeugt, daß die Verschmelzung nur möglich sein kann, wenn unser ganzes Unterstützungswesen auf eine andere Grundlage gestellt wird."

h. Wittenberg. Am 15. Oktober fand hier eine außerordentliche, stark besuchte Zahlstellenversammlung statt, zu welcher auch die Löhner der umliegenden Ortschaften eingeladen und zahlreich erschienen waren. Unser Verbandschriftführer Genosse Schneider führte in seinem Referat „die Verschmelzungsfrage“ folgendes aus: Die Entwicklung innerhalb unseres Berufes macht es zu einer unbedingten Notwendigkeit, daß die drei keramischen Verbände, Porzellanarbeiter, Glasarbeiter und Löhner, sich zu einer gemeinsamen Organisation zusammen schließen. Schon angesichts der Tatsache, daß die Unternehmerorganisationen sich immer mehr und mehr vereinigen. Scheinen auch die Unterschiede innerhalb der drei einzelnen Organisationen noch ziemlich groß, so müßte doch jeder organisierte Arbeiter seine eigenen Wünsche zurück stellen und sich dem großen allgemeinen Gedanken der Zusammengehörigkeit unterordnen um so ein großes Ganzes zu schaffen. Die darauf folgende vielseitige Diskussion ergab völlige Übereinstimmung mit dem Referenten und wurde eine diesbezügliche Resolution einstimmig angenommen: „Wir richten an alle Zahlstellen die dringende Bitte, sich eingehend mit dieser Frage zu beschäftigen. Denn Stillstand heißt Rückgang; darum vorwärts!“

pf. Zell. Es war ein prächtiger Sonntagmorgen, der 26. September, an dem die hiesige Zahlstelle einen Ausflug nach Schramberg unternahm; eine stattliche Zahl von Kollegen und Kolleginnen beteiligte sich daran. In Schramberg angekommen, entwickelte sich bald ein heiteres Leben. Die Schramberger Kollegen hatten auch alles aufgeboten, uns den kurzen Aufenthalt recht gemütlich zu machen, und uns der Sorgen des Alltagslebens auf einige Zeit zu entheben. Nach dem Mittagessen hatte sich der dortige Arbeitergesangverein „Sängerlust“ eingefunden, welcher uns durch den Vortrag einiger Freiheitslieder recht erfreute. Nur zu rasch verfloß die Zeit, wo wir uns mit dem Bewußtsein trennten, einige fröhliche Stunden im Kreise Gleichgestimmter verlebt zu haben. Zu bestem Dank sind wir verpflichtet dem Gesangverein „Sängerlust“ für seine gemütliche Unterhaltung, sowie der Streichmusik für ihre lieblichen Töne während der Dauer unseres Dortseins.

Adressen-Henderungen

- Georgenthal.** Schf. Hans Kanarekkt, Br., Kv. Hilmar Stegmund, beide Herrenhof.
M.-Gladbach. Rff. Carl Steinhäuser, Marienkirchstr. 11 p.
Neumünster. Wf. Arthur Bitter, Schmelzer, Viktoriastr. 7, Rff. Franz Frosch, Kielerstr. 47, Schf. Georg Seffler, Friedrichstr. 28, Kv. Bernhard v. d. Weh, Welterstr. 15.
Oelde in Westfalen. Wf. Johann Lautenbach, Ml., Grüner Weg 28, Schf. Olt Eger, St.-Dr., Langestr. 189, Rff. Josef Richter, Ml., Warendorferstr. 159, Kv. Gerh. Aftues, Ml., Lindenstraße 556.
Wtm. der Vorsitzende.
Schedewitz. Rff. Arthur Rades, Ml., Schulstr. 13.
Sondershausen. Rff. Joh. Glenz, Weizenstr. 16.
Teltow. Rff. Ernst Grundmann, Dh., Elsterstr. 1.

Versammlungs-Anzeigen

- Ahlen.** Sonnabend, 30. Oktober, 1/2 9 Uhr, im Vereinslokal.
Berlin. Montag, 1. November, 8 1/2 Uhr, Schildermaler, Neue Friedrichstr. 1. bei Lehmann.
Breslau. Sonnabend, 18. November, 7 Uhr, bei Fuhrmann, Matthiasstraße 182.
Cassel. Sonnabend, 6. November, im Gewerkschaftshaus.
Charlottenburg. Sonnabend, 18. November, 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Rosinenstr. 8.
Döbeln. Sonnabend, 6. November, 8 Uhr, bei Schmidt, Neugasse. Vortrag.
Elsterwerda. Sonnabend, 30. Oktober, 8 Uhr, bei Heinrich Lohse, Biehla.
Frankfurt a. M. Sonnabend, 6. November, 8 Uhr, bei M. Gittfried, Sachsenhausen, Gr. Rittergasse 58.
Gellenkirchen. Sonntag, 7. November, bei Eckermann, Ottilienstraße.
Hamburg. Dienstag, 2. November, 9 Uhr, bei Oskar Lange, Bartelsstraße 5.
Hiltensleben. Sonntag, 1. Oktober, 1 Uhr.
Kronach. Sonntag, 1. November, 11 Uhr, bei J. J. J.
Langeviesel. Sonntag, 14. November, nachmittags 3 Uhr, im Felsenkeller.
Schmiedefeld. Sonntag, 31. Oktober, 7 Uhr, bei Hermann Walter. Gauleiter Emil Hoffmann ist anwesend.
Suhl. Sonntag, 7. November, nachmittags 8 Uhr, in Dombergs Ansicht.
Clefenfurt. Sonnabend, 6. November, abends 8 Uhr, in der Brauerei.
Uordamm. Sonntag, 31. Oktober, nachmittags 8 Uhr, im Gewerkschaftslokal. Wahl eines Kassierers.
Uegelack. Sonntag, 7. November, nachmittags 8 Uhr, bei Oberbeck.
Weißwaller. Sonnabend, 6. November, 8 1/2 Uhr, im Café Zentral, Kretschmer.

Arbeitsgehalte u. Arbeitsangebots kostenlos

Arbeitsmarkt

Offertens-Beförderung nur bei Porto-Einzufügung

Golditz. Kollegen, welche gesonnen sind, hier in Stellung zu treten, wollen sich im eigenen Interesse erst bei der Zahlstellenverwaltung erkundigen. Die Zahlstellenverwaltung.

Frankfurt a. M. Der Arbeitsnachweis für Frankfurt, Offenbach und Esenbürg befindet sich beim Kollegen Paul Stelzer, Offenbach a. M., Frankfurter Straße 18. Die Kollegen mögen diesem im eigenen Interesse Beachtung schenken.

2 Druckerinnen, geübte, die gleichzeitig abziehen können, zu möglichst sofortigem Eintritt in dauernde Stellung gesucht. Porzellanfabrik Hermisdorf, Hermisdorf S.-A.

Schriftenmaler auf Emailschilber sofort gesucht. Karl Buttweiler, Obermaler der Emailschilberfabrik Ernst Heene, Germersheim a. Rh.

Schleifer sucht per sofort Stellung. Offerten unter 100 an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Anzeigen

Dank!

Im Anschluß an den für die Arbeiter- und Volksache so überaus erfolgreichen Ausgang der Reichstags-Verfassungswahl in Coburg sind mir von allen Seiten durch die Zahlstellen und von den Kollegen zahlreiche Gratulationen zugegangen. In allen lönte die Freude darüber durch, daß es nun wirklich einmal nach schwerem Ringen gelungen ist, auch einen „Porzellaner“ im Reichstag zu sehen.

Da es mir nicht möglich ist, jedem Gratulierenden besonders für die übermittelten Glückwünsche zu danken, sage ich allen Kollegen durch diese Zeilen meinen herzlichsten Dank.

Fritz Zietsch.

Elsterwerda. Donnerstag, den 11. November, abends 7 1/2 Uhr, findet im Lokale des Herrn Lohse (Deutscher Ratser) in Biehla, eine Versammlung statt, zu welcher Genosse Wollmann als Referent erscheint. Da ein sehr wichtiges Thema zur Sprache kommt, ist es Pflicht eines jeden Kollegen, pünktlich zu erscheinen. Die Zahlstellenverwaltung.

Osteroode a. N. Laut Zahlstellenbeschuß finden die monatlichen Versammlungen für das Winterhalbjahr jeden zweiten Sonntag im Monat, nachmittags pünktlich 2 1/2 Uhr, statt. Das zweite Stiftungsfest der Zahlstelle findet am Sonnabend, den 20. November, 8 1/2 Uhr, im Schützenhause statt. Da dieses im voraus durch Vorträge, (Gesang, Theater, Zauberkunststücke und Ball) verspricht schön zu werden, so ist zu erwarten, daß sämtliche Mitglieder für einen guten Besuch sorgen. Die Verwaltung.

Weiden. Montag, 1. November, abends 1/2 8 Uhr, im Restaurant „Sonne“ außerordentliche Zahlstellenversammlung. Tagesordnung: „Die Verschmelzungsfrage“. Referent Genosse Wollmann. Zahlreichen Besuch erwartet. Die Verwaltung.

Preis der 2 gespaltenen Beitzettel 80 Pfennig

Geschäfts-Anzeigen

Vorausbezahlung ist Bedingung

Gold- und Silberscheide-Anstalt von Max Haupt, Dresden A., Blasewitzerstraße 64-66.

Goldschmiere

sowie goldhaltige Asche, Lappen, Stupfer, Pinsel, Paletten, Näpfe, Flaschen usw. werden ausgeschmolzen und das Gramm Feingold mit 2,78 Mark angekauft. — Schnelle reelle Bedienung.

Goldschmiere, verdichtetes Glanzgold und sonstige goldhaltigen Sachen

kauft stets zu höchsten Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung. Man verlange Prospekte. Emil Köhne, Eisenberg, S.-A. Ältestes Geschäft dieser Art. Bitte genau auf meine Firma zu achten!

Goldschmiere, 1881, goldhaltige Lappen,

Pinsel, Paletten, Flaschen, Näpfe usw. werden ausgeschmolzen und das Gramm Fein-Gold mit 2 M. 80 Pfg. angekauft. Sendungen werden schnell erledigt. H. Haupt, Dresden-A., Gnossenastr. 8.

Osterweihnst. 32

Alle Gold-, Platin- und Silber-Abfälle



Osterweihnst. 32

Goldschmiere. Goldflaschen und alle in der Vergolderet vorkommenden Abfälle kauft bei pünktlicher reeller Bedienung. Oskar Rottmann, Stadtilm i. Thür.

Herausgeg. v. Verbände d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen. Red. u. Verlag: Fritz Zietsch, Charlottenburg, Königsstraße 14. Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Guerickestr. 21.